



Zu der auf **Donnerstag**, den **27.10.2011**, um 19:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses anberaumten **Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (Wirtschaftsförderung)** waren erschienen:

**VOM HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSS (WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG):**

<b>SPD:</b>	Klingenstein, Thomas	Stv.	
	Pfenning, Michael	Stv.	
	Rihm, Dieter	Stv.	
	Dr. Ritterbusch, Jörn	Stv.	
	Hölscher, Reinhard	Stv.	(Vertreter für J. Schmidem)
<b>CDU:</b>	Brechtel, Sarah	Stve.	
	Frank, Elvira	Stve.	(Vertreter für V. Ergler)
	Gutperle, Jürgen	Ehrenstv. – <b>Vorsitzender-</b>	
	Kempf, Bastian	Stv.	(abwesend ab TOP 4)
<b>GRÜNE:</b>	Winkenbach, Manfred	Ehrenstv.	
<b>LINKE:</b>	Weißberger, Albert	Stv.	

**VON DER STADTVERORDNETEN-VERSAMMLUNG:**

Gross, Dieter	Stv.	(Vertreter für B. Kempf ab TOP 4)
Haas, Sigrid	Stve.	

**VOM MAGISTRAT:**

Baaß, Matthias	Bürgermeister
Ringhof, Martin	1. Stadtrat

**VOM AUSLÄNDERBEIRAT**

Chatterjee, Gour Mohan	Ausländerbeiratsmitglied
------------------------	--------------------------

**VON DER VERWALTUNG:**

Scholz, Herbert	Kämmereiamt / Ausschussbetreuer
Klein, Volker	Hauptamt / Ordnungsamt
Benz, Josef	Amt für Soziales und Standesamt
Schneider, Reiner	Bauverwaltungs- und Liegenschaftsamt

**ALS SCHRIFTFÜHRER(IN):**

Wetzel, Bianca  
Haas, Philipp

Amtfrau  
Inspektor

(Protokoll)

**VON DER PRESSE:**

Viernheimer Tageblatt  
Südhessen Morgen



Ausschussvorsitzender Jürgen Gutperle eröffnete um 19:00 Uhr die Sitzung, begrüßte alle Anwesenden und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Gegen das Protokoll der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (Wirtschaftsförderung) vom 29.09.2011 wurden keine Einwände erhoben.

**TAGESORDNUNG:**

1. Bericht zum Haushaltsvollzug 2011/ Ausblick auf den Haushalt 2012
2. Kinderbetreuung
  - a) Elternbeiträge in den Viernheimer Einrichtungen
  - b) 1. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Benutzung der Tageseinrichtungen für Kinder der Stadt Viernheim
3. Missglückte Anschaffung von Abrollbehältern (AB Rüst, AB Gefahrenabwehr, AB Tank bzw. AB Atemschutz) für Freiwillige Feuerwehr Viernheim in 2009
4. Städt. Grundstück Flur 18 Nr. 900/1, Franz-Marc-Str. 4, 392 m<sup>2</sup>;  
Abschluss eines Kaufvertrages
5. Neuaufnahme eines Darlehens
6. Bestellung eines weiteren Schriftführers
7. Verschiedenes



## 1. Bericht zum Haushaltsvollzug 2011/ Ausblick auf den Haushalt 2012

**Bezug:** Vorlage des Kämmereiamtes vom 11.10.2011

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

**Bürgermeister Baaß** berichtete, dass die Haushaltssituation Gegenstand einer Besprechung des Stadtverordneten-Vorstehers mit Vertretern der Fraktionen war. In diesem Gespräch sei angeregt worden, auch dem Haupt- und Finanzausschuss einen entsprechenden Bericht zum Vollzug des Haushalts 2011 und einen Ausblick auf den Haushalt 2012 zu geben.

**Herr Scholz** erklärte, dass für 2011 ein Fehlbedarf von ca. 10,3 Mio. € geplant war. Aktuell gehe die Verwaltung allerdings davon aus, dass sich dieser Fehlbetrag auf 5,6 Mio. € verringern werde. Dies liege besonders an dem hohen Gewerbesteueraufkommen. Dieses liege 3,8 Mio. € über dem Ansatz, was bereinigt von der Gewerbesteuerumlage 3 Mio. € Mehrertrag für die Stadt bedeute. Er wies allerdings darauf hin, dass dieses Mehr zu einer verringerten Schlüsselzuweisung und zu einer höheren Kreis- und Schulumlage in den kommenden Jahren führen werde. Da die Kreditermächtigungen aus 2010 erst im August 2011 in Anspruch genommen wurden und die Zinssätze für Kassenkredite relativ günstig seien, können Zinsen in Höhe von 400.000 € eingespart werden. Außerdem kamen außerordentliche Erträge (Erbschaft, Sonderauschüttung der Sparkasse Starkenburg) von ca. 700.000 € hinzu. Auch bei der Grundsteuer gebe es ein Mehr in Höhe von 80.000 €. Zudem werden voraussichtlich durch Weniger-Ausgaben und Mehr-Einnahmen ca. 500.000 € eingespart. Allerdings stellte Herr Scholz fest, dass von keiner Entspannung der Haushaltslage die Rede sein könne.

Bei diesen Erträgen handle es sich nur um Einzeleffekte, die für die Folgejahre nicht angenommen werden könnten. Die Haupteinnahmequelle der Stadt sei der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer, welcher sich noch auf dem gleichen Niveau wie im Jahre 1994 belaufe. Er verglich hierzu die immer mehr steigenden Aufgaben der Kommunen und die damit verbundenen Ausgaben. Besonders hervorzuheben seien hier die Kreis- und Schulumlage, die 1994 bei 9,71 Mio. € lag und 2012 auf 17,5 Mio. € steigen würde. Ebenso stieg der Zuschussbedarf für die Kindertagesstätten von 2,17 Mio. € (1994) auf 5,32 Mio. € (2012). Hierbei sei zu beachten, dass dies nur die laufenden Unterhaltungskosten beinhalte und nicht die zu zahlenden Zins- und Tilgungskosten (mehrere Hunderttausend Euro). Nach dem Ausbau der weiteren Krippenplätze werde der Unterhaltungsaufwand noch um ca. 1,35 Mio. € steigen. Dies zeige, dass die Stadt ihren Haushalt nicht konsolidieren könne. Im Ausblick auf 2012 wurde dargelegt, dass es zwar fast 4 Mio. € mehr Erträge gebe, diese allerdings wieder komplett durch Aufwendungen aufgefressen werden. Somit sei ein Fehlbedarf von 10,4 Mio. € zu erwarten.

Bei der Kreis- und Schulumlage lag der Hebesatz 1994 noch bei 48%-Punkten, während er heute bei rd. 59%-Punkten angekommen sei (unter Einbeziehung der Kompensationsumlage). Außerdem wurden vom Land Hessen die Anrechnungssätze im kommunalen Finanzausgleich angehoben, was ebenfalls zu der hohen Kreis- und Schulumlage beigetragen hätte. Die Schlüsselzuweisung steige zwar (netto 5,26 Mio. € inkl. Abzug der Kompensationsumlage), erfülle aber nicht den eigentlichen Zweck. Eigentlich soll sie dafür sorgen, den steigenden Bedarf der Kommunen auszugleichen. Dies sei, wie beschrieben, allerdings nicht der Fall. Daran werde auch der „Kommunale Schutzschirm / Entschuldungsfond“ nichts ändern. Aktuell sehe es so aus, dass die

Anrechnungssätze bei den Realsteuern im kommunalen Finanzausgleich nicht wesentlich erhöht werden. Der Hessische Städte- und Gemeindebund gehe allerdings davon aus, dass genau dies 2013 geschieht, obwohl das Land Hessen immer wieder schriftlich versichert hätte, dass daran nicht gedacht werde. Die Folgen davon seien klar: Höhere Kreis- und Schulumlage und eine geringere Schlüsselzuweisung. Damit würden auch die erzielten Steuermehreinnahmen infolge der Erhöhung der Hebesätze bei der Grundsteuer keineswegs in voller Höhe bei der Stadt bleiben. Es wurde auf die letztjährige „Konsolidierungsrichtlinie“ verwiesen, nach der die Steuerhebesätze der Grundsteuer B deutlich über Landesdurchschnitt anzuheben seien, um den kommunalen Haushalt zu konsolidieren. Letztlich werde dabei aber indirekt die Kreis- und Schulumlage auf dann 60%-Punkte erhöht, was seit langem eine Forderung des Hessischen Landkreistages sei.

Vom „Kommunalen Schutzschirm / Entschuldungsfond“ werde Viernheim wahrscheinlich kaum profitieren. Es werden dafür vom Land Hessen 3 Mrd. € bereitgestellt, die Not leidende Städte entlasten soll. Zugangskriterien seien bisher noch nicht bekannt. Bisher wurde allerdings eine erste Erhebung der bestehenden Kreditverpflichtungen bei den Kommunen durchgeführt. Gewünscht waren dabei lediglich die Daten der Darlehen, die zum Stichtag 30.06.2010 bestanden und in den Jahren 2013 bis 2016 Zinsanpassungen anstehen. Demzufolge fallen Darlehen, bei denen Zinsanpassungen nach 2016 anstehen, sowie Darlehen, bei denen die Zinsbindung für die gesamte Laufzeit des Darlehens gelte, nicht unter den Schutzschirm. Kommunen, die vorausschauend in Zeiten der Niedrigzinsphase Zinsbindungen für die gesamte Laufzeit eingegangen sind, wie es die Politik in Viernheim war, und damit wesentlich zur Liquiditätssicherung in den künftigen Jahren beitragen, würden dadurch klar benachteiligt. Herr Scholz gab einen Ausblick auf die kommenden Jahre, wonach Ende 2015 ein Defizit im Ergebnishaushalt von rd. 60 Mio. € zu erwarten sei. Bei den investiven Krediten sei von rd. 46 Mio. € auszugehen, was einer enormen Gesamtverschuldung entspricht. Vergleichend sei zu sagen, dass es Ende 2006 lediglich 25,7 Mio. € Darlehensreststände gab und Kassenkredite, ihrem eigentlichen Zweck entsprechend, nur zur kurzfristigen Überbrückung aufgenommen werden mussten. Mittlerweile seien diese fester Bestandteil. Die Kommunen müssten sich heute anders positionieren, um die Liquidität und auch die Daseinsfürsorge für die Einwohner zu sichern. Mittlerweile sei es außerdem auch so, dass Banken Darlehensansprüche verkaufen würden. Da die Stadt Viernheim ihre Kredite für die gesamte Laufzeit abgeschlossen hat, ändere sich dadurch für Viernheim nichts, da die Zahlungsmodalitäten feststünden.

Abschließend wies er noch auf die Kriterien von Basel II und Basel III und die Ankündigung einzelner Banken zum kommunalen Ranking hin. Demnach plane z.B. die staatliche Förderbank KfW Kommunalkredite künftig nach Risikogesichtspunkten zu vergeben. Dies konnte nur durch den massiven Widerspruch der Politik und kommunaler Spitzenverbände verhindert werden. Die Kommunen werden auch die Auswirkungen von Basel III auf die Banken zu spüren bekommen. Durch die verschärfte Eigenkapitalvorschriften für die Kreditvergabe hätten die Banken weniger Geld zum Verleihen. Wenn dann auch noch am Topranking der Kommunen gerüttelt werde, könne dies zu Kreditklemmen führen. Deshalb habe man genau richtig gehandelt, indem man Zinsbindungen für die gesamte Laufzeit eingegangen sei.

**Vorsitzender Gutperle** dankte Herrn Scholz für seine Ausführungen und fragte, ob es zu diesem Thema Rückmeldungen gebe.

**Stv. Pfenning** fragte nach, ob es Steuern gebe, die komplett bei der Stadt verbleiben würden.

**Herr Scholz** erklärte, dass dies lediglich bei der Hundesteuer und den Steuern aus

Spielautomaten der Fall sei. Diese beiden Steuern ergeben allerdings keine sehr hohen Erträge. Bei der Grundsteuer sei man gezwungen, diese auf Landesniveau anzuheben. Dies könne zeitversetzt dazu führen, dass die Anrechnungssätze erhöht werden, was sich dann in den Folgejahren auf die Schlüsselzuweisung und die zu zahlende Kreis- und Schulumlage auswirken würde. 2012 sei dies noch nicht der Fall, aber wohl in den kommenden Jahren.

**Stv. Winkenbach** sagte: „Der Euro wird gerettet! Aber wer rettet die Kommunen?“ Die Prognose zeige die dramatische Entwicklung auf. Er stellte fest, dass Viernheim nicht die einzige Kommune mit solchen Problemen sei. Allerdings sei es auch nicht überall so schlimm wie hier. Er stellte die Frage, wie man jemals wieder von solch einem Schuldenberg herunterkommen solle, der sich bis Ende 2015 aufbauen wird. Es erinnere ihn an das Bild, bei dem man sich am eigenen Haarschopf aus dem Sumpf ziehe. Außerdem glaube er, dass es vielen Bürgern nicht bewusst sei, wie extrem die Haushaltsslage sei. Die Stadt hätte kein Mittel in der Hand und auch das Land Hessen könne dieses Problem wohl kaum alleine lösen. Es sei wichtig, das Bewusstsein für dieses Problem und entsprechenden Handlungsdruck zu erzeugen. Er fragte, wie viele Zinsen dann wahrscheinlich zu zahlen seien.

**Herr Scholz** erklärte, dass dies schwer hochzurechnen sei, besonders durch die Inflation. Deshalb sei es sehr wichtig, dass es zu einer hohen Streuung der Kredite kommt und günstige Marktsituationen ausgenutzt werden. Er wies darauf hin, dass es nun dazu kommen werden und es teilweise auch schon so ist, dass auch die Kommunen gerated werden und es somit passieren könne, dass auch Kommunen nicht mehr über eine absolute Bonität verfügen. Mittlerweile gebe es schon Kommunen, die nicht mehr zahlungsfähig seien. Eine grobe Schätzung nach heutigem Niveau seien 2 Mio. € Zinsen für Kassenkredite und dann noch einmal 2 Mio. € Zinsen für die Darlehen zu erwarten.

**Stv. Kempf** merkte an, dass es nicht darum gehe, wer die Kommunen rettet, sondern wie das System gerettet werden könne. Dazu bedürfe es einer grundsätzlichen Diskussion.

**Stv. Dr. Ritterbusch** warf ein, dass das Geld in Deutschland vorhanden sei. Man müsse nur an das Geld rankommen.

**Stv. Kempf** fuhr fort, indem er betonte, dass das System ein generelles Problem habe und alle Ebenen Schwierigkeiten hätten, einen ausgeglichenen Haushalt vorzuweisen. Es sei schwierig für die Kommunen, daran etwas zu ändern. Eine Insellösung sei nicht möglich. Solche grundlegenden Änderungen seien besonders im föderalen System nicht einfach zu bewerkstelligen. Durch die Doppik habe sich auch die Betrachtungsweise geändert, da z.B. Abschreibungen das eigentliche Ergebnis verändern würden.

**Herr Scholz** erklärte, dass der Fehlbetrag im Ergebnishaushalt mit dem Kontostand bzw. den Kontobewegungen in etwa verglichen werden kann.

**Stv. Kempf** betonte noch einmal, dass es sich um ein Systemproblem handle und es die Defizite schon sehr lange gibt. Die Entwicklung könne eigentlich nicht überraschend sein.

**Stv. Winkenbach** warf ein, dass es aber noch nie in einer solchen Dimension Fehlbeiträge gegeben hätte.

**Stv. Rihm** sagte, dass man, bevor man ein Problem lösen könne, zuerst nach den Ursachen des Problems suchen müsse. Die Defizite seien ein strukturelles Problem. Die Rahmenbedingungen stimmten einfach nicht. Er betonte, an Stv. Kempf gerichtet, dass man eben nicht in einem Boot mit Land und Bund sitzen würde, weil dort die Gesetzgebungskompetenz liege und die Kommunen damit leben müssten, was sie von diesen Ebenen diktiert bekommt. Bund und Land seien, bildlich gesprochen, die Kapitäne, die bestimmen, was sie bekommen. Die Kommunen sollen nun allerdings die Probleme mit lösen, die von Bund und Land geschaffen wurden. Er verwies außerdem auf die ausgeteilten Zeitungsartikel. Es sei ein Märchen, dass Kommunen durch Sparen den Haushalt ausgleichen könnten. Er fragte, ob man denn Einrichtungen wie Kindergärten und Bibliotheken einfach schließen könne. Die SPD sehe ein strukturelles Defizit, da die Rahmenbedingungen nicht passen würden. Er betonte, dass auch CDU-Landräte und Bürgermeister dem zustimmen würden (siehe Zeitungsartikel). Stv. Rihm forderte, dass der Kommunale Finanzausgleich geändert werden müsse. Außerdem müsse das Konnexitätsprinzip eingehalten werden, was derzeit von der Landesregierung nicht getan werde, sodass es sich nicht nur um ein Ausgabeproblem handle, sondern auch um ein Einnahmeproblem.



Die o.g. Zeitungsartikel liegen dem Protokoll als **Anlagen 1a und b** bei.

**Stv. Winkenbach** gab zu Bedenken, dass die Ausgaben trotzdem unter die Lupe genommen werden müssen, wie das ja auch derzeit mit den Gebühren für die Kindertagesstätten getan werden würde (siehe TOP 2). Jeder 100.000er, den man einsparen könne, sei wichtig. Er bemerkte noch einmal, dass es sich um eine extrem hohe Verschuldung handle, wie es bisher noch nicht der Fall war. Besonders die exorbitant hohen Kassenkredite, die eigentlich zur Überbrückung aufgenommen werden sollen und mittlerweile dauerhaft aufgenommen werden müssen, gaben ihm zu denken. Er fragte nach, ob denn die Aufsicht dazu etwas zu bemängeln hätte. Für den Haushalt 2011, bei dem es ja ähnlich aussah, hätte es ja funktioniert, da dieser genehmigt wurde. Stv. Winkenbach fragte, ob die Prüfer die Kassenkredite nicht bemerken würden.

**Bürgermeister Baaß** erklärte, dass die Verwaltung immer sehr offen mit der Situation umgehe und diese auch den Prüfern dargelegt werde. Die Aufsicht lebe allerdings mit der gleichen Problematik, da es dem Kreis finanziell ähnlich geht wie der Stadt. Die Aufsicht habe zwar Richtlinien, die allerdings nicht mit der realen Welt vereinbar seien. Eigentlich müsste die Stadt alle Einrichtungen (wie z.B. Kindertagesstätten oder die Musikschule) schließen und selbst dies würde nicht ausreichen. Das Bemühen der Stadt sei es, die Einstellung der Kommunalaufsicht so zu verändern, dass sie nicht nur hoheitlich nach unten fungiert, sondern den höheren Ebenen auch die fatale Lage der Kommunen deutlich macht.

**Herr Scholz** merkte an, dass die Haushalte bis 2011 immer genehmigt wurden und die Problematik der Kassenkredite der Aufsicht durchaus bekannt seien. In Viernheim werde eine seriöse Finanzplanung durchgeführt. Es gebe auch Kommunen, in denen das nicht so ablaufe und z.B. mit höheren Steuereinnahmen gerechnet werde, obwohl dies nicht gesichert sei. Er sei davon überzeugt, dass auch dieser Haushalt genehmigt werde. Man wisse nicht, wie sich das Regierungspräsidium in Zukunft verhalten werde, aber dem Kreis, der vom Regierungspräsidium unter den Vorbehalt der Einzelkreditgenehmigung gestellt wurde sei auch noch nie ein Einzelkredit abgelehnt worden, da durch die Genehmigung des Haushaltes auch die dort geplanten Vorhaben ge-

nehmigt wurden und deshalb auch die Finanzierung dieser genehmigt werden müsse.

**Stv. Kempf** wunderte sich, was er gesagt haben solle. Er erklärte noch einmal, dass es sich um ein Systemproblem handle. Außerdem seien zwischen seinen Argumenten und denen von Stv. Rihm keine großen Unterschiede. Es sei klar, dass nun mal derzeit sowohl in Hessen als auch im Bund eine schwarz-gelbe Koalition an der Regierung sei, allerdings habe es auch schon in Zeiten unter einer SPD-Regierung negative Haushalte gegeben. Er bat deshalb um eine faire Betrachtung. Er stimmte außerdem zu, dass der Länderfinanzausgleich geändert werden müsse und merkte an, dass die Kompensationsumlage unsäglich sei. Deshalb müsse das ganze System in Angriff genommen werden. Es stelle sich allerdings die Frage, welchen Beitrag Viernheim dazu leisten könne. Es sei falsch, zu sagen, dass die Regierungen in Land und Bund Schuld seien und deshalb nicht zu versuchen, selbst etwas zu verbessern.

**Stv. Hölscher** erklärte, er könne es nicht verstehen, wenn der Bund 211 Mrd. € in Fonds für Griechenland steckt, das eigentlich schon pleite sei. Außerdem könne es nicht sein, dass das Land die Stadt zwingt, Steuersätze zu erhöhen und dann das Geld wieder abzuschöpfen. Daran wären CDU und FDP Schuld.

**Stv. Rihm** verdeutlichte, dass wenn die Viernheimer CDU anerkenne, dass die Kommunen unterfinanziert sind, müsse sie auch anerkennen, wer Schuld daran sei. In Hessen weiche die CDU seit Jahren nicht von ihrem Standpunkt ab. Diejenigen, die Einnahmen haben, sollten auch die Schwächeren finanzieren. Er stellte zudem fest, dass mindestens 95% der Aufgaben Pflichtaufgaben seien. Zudem werde man bestraft, wenn man gut haushalten würde. Als Beispiel nannte er, dass bei Gewerbesteuerermehreinnahmen von 1.000 € die gleiche Summe am Ende wieder gekürzt werden würde. Er sei sehr gespannt, was hier geändert werden soll. Abschließend fragte er, warum die Kommunen den hessischen Beitrag am Länderfinanzausgleich mit finanzieren sollen, den das Land Hessen doch mit ausgehandelt habe.

**Stv. Kempf** stellte fest, dass es überall defizitäre Haushalte gebe. Der Länderfinanzausgleich sei eine föderale Angelegenheit, an der nicht nur die CDU beteiligt gewesen sei, sondern auch die SPD-geführten Länder. Außerdem könne es auch niemand abstreiten, dass überall zu wenig Geld vorhanden sei. Deshalb werde von oben nach unten in die Kassen gegriffen.

**Stv. Dr. Ritterbusch** erklärte, dass es nicht sein könne, dass in Deutschland zu wenig Geld vorhanden sei.

**Stv. Kempf** sagte erneut, dass von oben nach unten in die Kassen gegriffen werde und die Landesregierung in Wiesbaden ebenfalls nicht genug Geld zur Verfügung hat und sich deshalb Geld von unten holt.

**Stv. Rihm** fragte, ob denn die Landesregierung das Recht dazu hätte, sich in den Kassen anderer zu bedienen.

**Stv. Kempf** erwiderte, dass er das so nicht gesagt habe.

**Vorsitzender Gutperle** fragte nach weiteren Anmerkungen. Dies war nicht der Fall.

**Auszug:** Kämmereiamt

## 2. Kinderbetreuung

### a) Elternbeiträge in den Viernheimer Einrichtungen

### b) 1. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Benutzung der Tageseinrichtungen für Kinder der Stadt Viernheim

**Bezug:** Vorlage des Amtes für Soziales und Standesamt vom 05.10.2011

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

**Bürgermeister Baaß** erklärte, dass das Thema bereits im Sozial- und Kulturausschuss, aber auch in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erörtert wurde. Dort sei eine einkommensabhängige Gebühr diskutiert worden. Die Argumente dagegen würden allerdings überwiegen (hoher Aufwand, zusätzliche Personalkosten), da dies wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen sei. Familien mit geringen Einkommen könnten weiterhin eine Befreiung von den Gebühren beim Jugendamt beantragen. Es werde vorgeschlagen, die Gebühren für den Kindergartenbesuch um 25 € zu erhöhen und die Gebühr für die Krippen auf 190 € festzusetzen. Ferner habe man den Vorschlag im Beschluss aufgegriffen, jährlich eine Überprüfung der Gebührensituation vorzunehmen.

#### **Beschluss:**

1. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordneten-Versammlung

- a). die Erhöhung der Elternbeiträge nach Variante 5 (Elternbeiträge + 25 €, Krippenplätze 190 €)
- b). folgende

#### **1. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Benutzung der Tageseinrichtungen für Kinder der Stadt Viernheim**

Aufgrund der §§ 5, 6, 38, 50, 51 Ziffer 6 und 92 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 07. März 2005 (GVBl. 2005 I, Seite 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2 1.03.2010 (GVBl. 2010 I, Seite 119), hat die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am .....2011 folgende Satzung zur Änderung der der Gebührensatzung über die Benutzung der Tageseinrichtungen für Kinder der Stadt Viernheim vom 01.08. 2009 beschlossen:

#### **Artikel 1**

§ 2 Absatz 1 lautet künftig:

(1) Die Benutzungsgebühren betragen monatlich:

- |   |            |
|---|------------|
| a) im <b>Pavillon</b> (Elternmitarbeit)                         | = 90,00 €  |
| b) im <b>Kindergarten</b> in den verlängerten Vormittagsgruppen | = 101,00 € |
| c) im <b>Kindergarten</b> in den Regelgruppen                   | = 101,00 € |
| a) - c) bis 6 Stunden Betreuungszeit                            |            |
| d) in der <b>Kindertagesstätte</b>                              | = 127,00 € |
| e) im <b>Kinderhort</b>   | = 127,00 € |
| d) + e) über 6 Stunden Betreuungszeit                           |            |
| f) in der <b>Kinderkrippe</b>                                   | = 190,00 € |



## Artikel 2

Diese Änderungssatzung tritt am 01.08.2012 in Kraft zu beschließen.

2. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stv.-Versammlung, die Verwaltung zu beauftragen, jährlich eine Kostenaufwandsüberprüfung vorzunehmen.

**Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)**

*(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 11 Stadtverordnete anwesend)*

**Auszug: Amt für Soziales und Standesamt**

### **3. Missglückte Anschaffung von Abrollbehältern (AB Rüst, AB Gefahrenabwehr, AB Tank bzw. AB Atemschutz) für Freiwillige Feuerwehr Viernheim in 2009**

**Bezug:** Vorlage des Bürgermeisters vom 12.10.2011

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

**Bürgermeister Baaß** erklärte, der Vorgang sei bekannt und zur gegenwärtigen Lage solle der Haupt- und Finanzausschuss informiert werden. Von der Versicherung seien mittlerweile 100.000 € zugesagt worden. Gegen die beiden Beamten seien beamtenrechtliche sowie haftungsrechtliche Schritte, unter Bezug auf die Feststellungen des Revisionsamtes, eingeleitet worden, um die entsprechenden Fristen zu wahren.

**Stv. Winkenbach** unter Bezug auf Ziffer II der Vorlage fragte, was die Verwaltung beim Vergabeverfahren geändert hat bzw. besser machen möchte.

**Bürgermeister Baaß** erklärte, dass die Vorgaben schon immer so ausgestaltet waren, dass die Vergabe und Bezahlung so nicht hätte ablaufen dürfen. Die Mitarbeiter hätten sich allerdings nicht daran gehalten.

Zu Ziffer IV der Vorlage fragte **Stv. Hölscher**, ob bei der Neuausschreibung mehr Angebote eingegangen sind.

**Herr Schneider** erläuterte, dass europaweit ausgeschrieben wurde und so 7 bis 8 Angebote eingegangen wären, die gewertet werden konnten.

**Stv. Hölscher** interessierte das Ergebnis der Ausschreibung.

**Herr Schneider** erklärte, dass der Preis unter 300.000 € liegen werde. Dazu sei zu sagen, dass Teillieferungen von der ersten Bestellung wiederverwendet werden konnten, sodass ca. 10.000 € eingespart werden konnten.

**Stv. Hölscher** fragte, wann die Auslieferung zu erwarten sei.

**Herr Schneider** sagte, dass die Abrollbehälter dieses und Anfang nächsten Jahres ausgeliefert werden.

**Auszug:** Bürgermeister, erster Stadtrat, Hauptamt, BVLA

#### 4. Städt. Grundstück Flur 18 Nr. 900/1, Franz-Marc-Str. 4, 392 m<sup>2</sup>; Abschluss eines Kaufvertrages

**Bezug:** Vorlage des Bauverwaltungs- und Liegenschaftsamtes vom 06.10.2011

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

In der Vergangenheit -zuletzt im März diesen Jahres- haben die städtischen Gremien für ein bebautes, mit einem Erbbaurecht belastetes Grundstück in der Nord-West-Stadt einen Quadratmeterpreis von 250,- € verlangt. Dieser Wert basiert auf dem aufgerundeten Mittelwert aus dem seinerzeit vereinbarten Kaufpreis von 92,- €/m<sup>2</sup> und einem aktuellen Bodenpreis von 400,- €/m<sup>2</sup>.

Den Eheleute Metzger wurde daher vorbehaltlich der Gremienzustimmung ein Kaufpreis von 250,- €/m<sup>2</sup> signalisiert; sie wären hiermit einverstanden.

Der Kaufpreis von insgesamt 98.000,- € stellt einen Kompromiss zwischen Verkäufer- und Käuferinteressen dar.

#### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss (Wirtschaftsförderung) beschließt, das städtische Grundstück Flur 18 Nr. 900/1, Franz-Marc-Str. 4, 392 m<sup>2</sup>, zum Preis von 250,- €/m<sup>2</sup>, mithin 98.000,- €, an die Eheleute Klaus und Theresia Metzger, Franz-Marc-Str. 4, Viernheim, zu verkaufen.

**Abstimmung:** Einstimmig, 0 Enthaltung(en)  
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 11 Stadtverordnete anwesend)

**Auszug:** BVLA

#### 5. Neuaufnahme eines Darlehens

**Bezug:** Vorlage des Kämmereiamtes vom 19.08.2011

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Haupt- und Finanzausschuss wurde darüber informiert, dass die vom Haupt- und Finanzausschuss ermächtigten Personen per Rundumlaufbeschluss der Aufnahme eines Ratentilgungsdarlehens in Höhe von 3.805.000 € zu folgenden Konditionen zugestimmt haben:

Valuta:	18.08.2011
Zinsen:	3,365 % p.a. (fest für die Gesamtlaufzeit von 20 Jahren bis 30.06.2031)
Zinszahlung:	¼-jährlich nachträglich
Tilgung:	fester Tilgungsbetrag i.H.v. 47.562,50 € / ¼-Jahr
Tilgungszahlung:	analog zur Zinszahlung

**Auszug:** Kämmereiamt

## **6. Bestellung eines weiteren Schriftführers**

**Bezug:** Vorlage des Hauptamtes vom 04.10.2011

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

**Bürgermeister Baaß** erklärte, dass das Parlamentarische Büro während der Zeit des Mutterschutzes und der Elternzeit von Frau Wetzel mit Herrn Philipp Haas besetzt wird.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss (Wirtschaftsförderung) wählt Herrn Inspektor Philipp Haas als weiteren Schriftführer.

**Abstimmung:** Einstimmig, 0 Enthaltung(en)  
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 11 Stadtverordnete anwesend)

**Auszug:** Hauptamt

## **7. Verschiedenes**

Zum TOP Verschiedenes gab es keine Wortmeldungen.

**ENDE DER SITZUNG: 20:08 Uhr**

◆ : ◆ : ◆ : ◆ : ◆

**DER VORSITZENDE:**

gez.: G u t p e r l e  
(Jürgen Gutperle)

**DER SCHRIFTFÜHRER:**

gez.: Haas  
(Philipp Haas)

**F.d.R.d.A.**

Inspektor

♣ **INHALTSVERZEICHNIS** ♣

1. Bericht zum Haushaltsvollzug 2011/ Ausblick auf den Haushalt 2012
2. Kinderbetreuung
  - a) Elternbeiträge in den Viernheimer Einrichtungen
  - b) 1. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Benutzung der Tageseinrichtungen für Kinder der Stadt Viernheim
3. Missglückte Anschaffung von Abrollbehältern (AB Rüst, AB Gefahrenabwehr, AB Tank bzw. AB Atemschutz) für Freiwillige Feuerwehr Viernheim in 2009
4. Städt. Grundstück Flur 18 Nr. 900/1, Franz-Marc-Str. 4, 392 m<sup>2</sup>;  
Abschluß eines Kaufvertrages
5. Neuaufnahme eines Darlehens
6. Bestellung eines weiteren Schriftführers
7. Verschiedenes

## „Beispiellose Krise“

FAZ v. 29.9.17

### Kommunen fordern mehrere hundert Millionen Euro extra

ler. WIESBADEN. Städte, Gemeinden und Kreise haben scharfe Kritik an der Landesregierung geübt, weil sie sich in dem Bemühen, ihre wachsende Verschuldung zu begrenzen, nicht ausreichend unterstützt fühlen. Die Präsidenten der drei kommunalen Spitzenverbände in Hessen forderten gestern die Rücknahme der Kürzungen im Kommunalen Finanzausgleich (jährlich 340 Millionen Euro), den Verzicht auf die für nächstes Jahr angekündigte Verringerung der Fördermittel für den öffentlichen Nahverkehr (20 Millionen Euro) sowie eine ernsthafte Debatte über die strukturelle Unterfinanzierung von Kommunen und Kreisen in Hessen.

Nach Einschätzung der Verbände stellt das Land jedes Jahr zwischen 400 Millionen und einer Milliarde Euro zu wenig zur Verfügung. Nicht zuletzt dürfe die Regierung den Kommunen nicht ständig weitere Aufgaben aufbürden, ohne auch dafür zu zahlen. Diese für viele Kommunen überlebenswichtigen Forderungen werde man, wie bereits mehrfach angekündigt, notfalls vor dem Hessischen Staatsgerichtshof durchsetzen.

Die Stimmung sei „auf dem Tiefpunkt“ angelangt, sagte der Präsident des Hessischen Landkreistages, der Landrat des Kreises Marburg-Biedenkopf, Robert Fischbach (CDU), nach einer Anhörung zur finanziellen Lage der Kommunen im Landtag. Die Verschuldung je Einwohner betrage in den hessischen Landkreisen durchschnittlich 1037 Euro, im Bundesschnitt seien es nur 364 Euro und in Bayern sogar lediglich 147 Euro. Diese Zahlen nimmt Fischbach als Beleg dafür, dass das Land Hessen seinen Kreisen nicht ausreichend unter die Arme greift.

„Wir sind in einer beispiellosen Krise“, meint der Präsident des Hessischen Städte- und Gemeindebunds, Oestrich-

Winkels Bürgermeister Paul Weimann (CDU). Das Argument der Landesregierung, die Kommunen profitierten von den aktuell wieder steigenden Steuereinnahmen, lasse er nicht gelten. Zum einen nehme auch das Land mehr Geld ein, außerdem profitierten nur wenige Kommunen vom höheren Gewerbesteueraufkommen. Andererseits seien die Möglichkeiten, zu sparen, weitgehend ausgereizt. „Wir können an der Ausgabenschraube nicht mehr viel drehen.“ Schon jetzt würden Schwimmbäder und Bibliotheken geschlossen, Stellen abgebaut und öffentliche Angebote eingeschränkt. 95 bis 98 Prozent der kommunalen Ausgaben seien Pflichtausgaben, „bei denen wir null Entscheidungsspielraum haben“, äußerte Kassels Stadtkämmerer Jürgen Barthel (SPD), der Vorsitzende des Finanzausschusses des Hessischen Städtetags.

Seinem Parteifreund, Finanzminister Thomas Schäfer (CDU), hielt Fischbach vor, die Sorgen der Gebietskörperschaften zu ignorieren. Der Landrat sprach von einem „Nicht-Dialog“, der ihn sehr bestürzt mache. „Wir fühlen uns vom Land überhaupt nicht mehr verstanden, und es entsteht der Eindruck, dass man uns nicht mehr verstehen will.“ Der Minister wies diesen Vorwurf zurück; er habe grundsätzlich Verständnis für die Klagen der Spitzenverbände. Letztlich säßen Bund, Länder und Kommunen aber in einem Boot. „Es geht uns allen gemeinsam schlechter.“ Drei hessische Landkreise bereiten derzeit eine Klage gegen das Land wegen mangelnder Finanzausstattung vor dem Staatsgerichtshof vor. Der Städte- und Gemeindebund, in dem die kleineren Kommunen organisiert sind, erwägt ebenfalls eine Klage. Der Hessische Städtetag reichte bereits wegen des Streits um eine Umlage Klage ein.

# Reform des Finanzausgleichs spätestens 2013

FAZ v. 8. 10. 2011

Überparteiliche Mediatorengruppe präsentiert Vorschläge / Minister: Sehr gute Diskussionsgrundlage

ler. WIESBADEN. Der Kommunale Finanzausgleich, der für den Lastenausgleich zwischen armen und reichen Kommunen in Hessen sorgt, soll noch in dieser Legislaturperiode des Landtags – das heißt bis Ende 2013 – reformiert werden. Vorrangige Ziele seien eine gerechtere Verteilung der Mittel und stärkere Anreize für die Kommunen, sich um mehr eigene Einnahmen zu bemühen, sagte Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) gestern in Wiesbaden. Zuvor hatte eine von der Landesregierung beauftragte Gruppe von Mediatoren Vorschläge für eine Neuregelung präsentiert. Finanziell gutsituierte Städte und Gemeinden sollen künftig weniger Geld erhalten, ärmere weniger abgeben.

3,1 Milliarden Euro stellt das Land in diesem Jahr über den Finanzausgleich zur Verfügung, im nächsten Jahr werden es – je nach Entwicklung der Steuereinnahmen – möglicherweise noch ein paar hundert Millionen mehr sein. Die Fördersumme insgesamt werde sich nicht erhöhen, betonte der zu den Mediatoren gehörende Präsident des Landesrechnungshofs, Manfred Eibelshäuser. „Es ist ein Nullsummenspiel, aber es wird Gewinner und Verlierer geben.“ Zu den Profiteuren würden vor allem die ländlichen Mittelzentren gehören, jene Kreisstädte oder früheren Kreisstädte in der Größenordnung zwischen 10 000 und 25 000 Einwohnern, von deren Schulen, Krankenhäusern und kulturellen Einrichtungen die gesamte Umgebung profitiere.

Eibelshäuser nannte beispielsweise Eschwege, Frankenberg, Alsfeld, Biedenkopf und Korbach. Zu jenen, die künftig weniger Geld aus dem Finanzausgleich erhielten, gehörten hingegen Frankfurt und Kommunen aus dem „Speckgürtel“ der Mainmetropole wie Eschborn. Die sieben



Thomas Schäfer

Foto dpa

„Die Hoffnung auf eine Bierdeckel-Lösung hatte ich bei der Reform des Kommunalen Finanzausgleichs nie.“

Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister

hessischen Städte mit Sonderstatus – Bad Homburg, Fulda, Gießen, Hanau, Marburg, Rüsselsheim und Wetzlar – sollen nach der Vorstellung der Mediatoren mittelfristig in die Landkreise integriert werden, weil ihre Privilegierung zu einer ungerechten Verteilung der Finanzzurweisungen und der Umlagelasten führe.

Armen Kreisen, Städten und Gemeinden biete der Kommunale Finanzausgleich bisher kaum Anreize, ihre Einnahmen zu erhöhen, sagte Schäfer. Wenn eine finanzschwache Gemeinde 1000 Euro mehr an Gewerbesteuer einnehme, werde ihr nach dem jetzigen System die gleiche Summe an Zuweisungen gekürzt. Auf der anderen Seite erhielten wohlhabende Städte noch Zuschläge. Wenn man den Reformvorschlägen folgen würde, blieben der im Beispiel genannten Gemeinde von den 1000 zusätzlich eingenommenen Euro immerhin noch 400, erläuterte Eibelshäuser.

Außerdem sind Veränderungen bei den Zuschüssen je Einwohner vorgesehen. Derzeit gibt es mehr Geld pro Kopf, je mehr Menschen in einer Stadt leben. „Dieses System benachteiligt insbesondere kleinere Mittelzentren im ländlichen Bereich“, sagte der Rechnungshofspräsident. Eine Lösung sei die Gewichtung ausschließlich nach der Bedeutung, die eine Gemeinde für die Region habe. „Oberzentren“ und „Mittelzentren“ in strukturschwachen Gebieten würden von einer solchen Neuregelung profitieren.

Der überparteilich besetzten Mediatorengruppe gehörten außer Eibelshäuser noch Hartmut Bäumer (Die Grünen), ehemaliger Regierungspräsident von Gießen, Bernhard Brehl (SPD), früherer Bürgermeister von Mörfelden-Walldorf, Fritz Kramer (CDU), ehemaliger Landrat des Kreises Fulda, und Karl-Heinz Paqué (FDP), früherer Finanzminister von Sachsen-Anhalt, an. Minister Schäfer sieht in den Erkenntnissen der Expertenrunde eine „sehr gute Diskussionsgrundlage“, die Antworten auf alle wesentlichen Fragen in einer „extrem komplizierten Materie“ gebe. Zweifel habe er lediglich daran, ob man die Reform des Finanzausgleichs

mit einer Gebietsreform, sprich der Eingliederung der Städte mit Sonderstatus in die Landkreise, verbinden sollte. Bäumer sprach von einem „Einstieg in eine wichtige Diskussion“, Eibelshäuser von einem „ersten Schritt“, der getan sei: „Wir machen einen Vorschlag, wohin die Reise gehen soll.“

Der Hessische Städtetag nahm die Vorschläge „mit Interesse“ zur Kenntnis. Aus seiner Sicht sei es wichtig, Städte mit zentralörtlicher Funktion zu stärken, äußerte der Städtetagspräsident und Fuldaer Oberbürgermeister Gerhard Möller (CDU). „Wer Leistungen für das Umland erbringt, soll dies positiv in seinen Schlüsselzuweisungen verspüren.“ Zu diesem Ziel passe es aber nicht, dass die Einstufung der „Sonderstatusstädte“ in Frage gestellt werde, denn diese seien in der Mehrzahl Oberzentren und hätten in vieler Hinsicht die Rolle von Großstädten, deshalb benötigten sie eine „angemessene Finanzausstattung“.

Nach Ansicht Möllers ist es die Aufgabe des Landes, finanzschwachen Kommunen zu helfen, nicht die der finanzstärkeren Städte und Gemeinden. Von „finanzstarken“ Kommunen könne man angesichts der wachsenden Aufgaben, vor die sich die Bürgermeister gestellt sähen, ohnehin eigentlich nicht sprechen.

Auch aus Sicht der Linkspartei im Landtag kann nur mehr Geld den Städten und Gemeinden wirklich helfen. „Eine Umverteilung zwischen leeren Kassen hilft nicht gegen die Finanznot der Kommunen“, sagte der Fraktionsvorsitzende Willi van Ooyen. Für die FDP forderte Alexander Noll, die notwendigen Veränderungen müssten im Einvernehmen mit allen kommunalen Spitzenverbänden erreicht werden.